

Übersicht empfohlene Handlungsempfehlungen (Re-)Set 2027

OZ.	Kurzbezeichnung	Zielgruppe Größe der Zielgruppe	Auswirkungen	Erträge	Sachaufwand	Personalaufwand	Gesamt
I-1	Globaler Minderaufwand Personal Dezernat I	intern	Reduzierung Personaletat im Dezernat I um 200.000 €, da Dezernat I bisher beim Personal nur die bereits beim (Re-)Set 2026 dem Pool zugeordneten Stellen eingespart hat.	- €	- €	200.000 €	200.000 €
11-1	Personalrat und Schwerbehindertenvertretung Vorschlag: P111401 Aus- und Fortbildung für die Schwerbehindertenvertretung P111401 Allgemeine Geschäftsausgaben Personalrat	Mitglieder des Personalrat und der Schwerbehindertenvertretung	Bei der Schwerbehindertenvertretung Neuwahl 2026, Fortbildungen oft kostenlos durch KVJS, Reduzierung um 5.000 €, es verbleiben 5.000 €. Der Personalrat verzichtet auf die Bewirtung an seinen Sitzungen, Einsparmöglichkeit 4.000 €. Gesamtersparnis daher 9.000 €.	- €	9.000 €	- €	9.000 €
11-2	P112101 - Stellenausschreibungen	alle Fachbereiche	weniger Ausschreibungen, vorrangig Verträge stepstone und kostengünstige Onlinepräsenz, es verbleiben 200.000 €.	- €	150.000 €	- €	150.000 €
11-3	P112104 - Fortbildung	intern alle Mitarbeitenden	Kürzung der Mittel für Bewirtung für Großveranstaltungen.	- €	3.000 €	- €	3.000 €
11-4	P112104 - Fortbildung	intern alle Mitarbeitenden	Kündigung der E-Campus Flatrat für MS Office 365, entbehrlich durch die E-Trainings in Soluzione.	- €	12.000 €	- €	12.000 €
11-5	P112104 - Fortbildung	intern alle Auszubildenden	kein Azubi-Campus (E-Learning) ist gekündigt wegen Änderung der Angebotsstruktur.	- €	8.500 €	- €	8.500 €
11-6	P112104 - Fortbildung	intern alle Mitarbeiter, die den Aufstieg oder die Erste Prüfung Entgeltordnung machen möchten	Keine finanzielle Förderung mehr bei den Aufstiegen und bei der Ersten Prüfung Entgeltordnung: nur noch Förderung durch Freistellung für die Schule (analog anderer Landkreise).	- €	25.000 €	- €	25.000 €
11-7	P112104 - Fortbildung	intern, alle an Führung interessierten Mitarbeitenden, die das Nachwuchsführungskräfteprogramm absolviert haben, aber noch keine Führungsposition haben	kein Nachwuchsführungskräftepool/Talentpool	- €	6.000 €	0 €	6.000 €
11-8	Personalkosten, Schwerbehinderten-Stellen	alle Mitarbeitenden	Reduzierung der Schwerbehindertenstellen durch Nichtwiederbesetzung beim Ausscheiden der Mitarbeiter.	- €	- €	250.000 €	250.000 €
11-9	P11210801	Fachbereich 11 bzw. Kompetenzpool-Mitarbeitende	Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026: Einsparung aufgrund (teilweiser) Auflösung des Kompetenz-Pools aus (Re-)Set 2026.	- €	- €	1.115.035 €	1.115.035 €
11-10	P11210101 - Personalbetreuung	intern	Durch die Streichung der Coachingmaßnahmen sind die Führungskräfte künftig stärker in ihrer Führungsrolle gefordert.	- €	20.000 €	- €	20.000 €
11-11	P112103 Ausbildung	alle Fachbereiche	keine Grundausstattung und Geschenke bei Ausbildungsbeginn.	- €	6.000 €	- €	6.000 €
11-12	P112103 Ausbildung	alle Fachbereiche	keine Anerkennungsgeschenke zum Ausbildungsende etc.	- €	4.000 €	- €	4.000 €
11-13	P11210701 - Gesundheitsförderung	intern	kein Gesundheitstag	- €	10.000 €	- €	10.000 €
12-1	Weitere Lizenzoptimierungen	Gesamtes LRA und Schulen		- €	335.264 €	- €	335.264 €

Übersicht empfohlene Handlungsempfehlungen (Re-)Set 2027

OZ.	Kurzbezeichnung	Zielgruppe Größe der Zielgruppe	Auswirkungen	Erträge	Sachaufwand	Personalaufwand	Gesamt
12-2	Weitere Serviceüberprüfungen und -optimierungen	Gesamtes LRA und Schulen		- €	335.264 €	- €	335.264 €
13-1	Organisationspauschale	Träger der praktischen Ausbildung (Pflege)	Freiwillige Übernahme von Aufgaben der Träger der praktischen Ausbildung, finanziert über die anteilige Weitergabe der Ausbildungspauschale an den Landkreis (sog. Organisationspauschale).	20.000 €	- €	- €	20.000 €
13-2	Schülerverpflegung	Schülerinnen und Schüler der Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (Schuljahr 2025/26: 958)	Anpassung wegen gestiegener Erträge	48.200 €	- €	- €	48.200 €
13-3	Keine Realisierung Ausbildungsverbund	an der Pflegeausbildung im Landkreis Ludwigsburg Beteiligte	Vorteile durch einen Ausbildungsverbund für die Pflegeausbildung können nicht realisiert werden.	- €	4.000 €	- €	4.000 €
13-4	E-Check (Prüfung der ortsveränderlichen elektrischen Betriebsmittel)	Dienstleister	Verlängerung des Prüfungszeitraums innerhalb des rechtlich zulässigen Rahmens.	- €	82.256 €	- €	82.256 €
13-5	Kündigung Schüler-Zusatzversicherung	Alle Schülerinnen und Schüler der Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren, Beruflichen Schulen und Schulkindergärten (Schuljahr 25/26: 10.456)	Entfall von Versicherungsleistungen, welche über die Leistungen der gesetzliche Unfallversicherung (UKBW) hinausgehen Änderungsantrag in der HHK am 20.04.2026: Es soll nur die Komponente Schülerunfallversicherung gekündigt werden, die Komponente Haftpflicht soll - wie bei anderen Schulträgern - erhalten bleiben. Der Einsparbetrag reduziert sich daher von 9.400 € um 4.700 € auf 4.700 €.	- €	4.700 €	- €	4.700 €
13-6	Wegfall Schullandheimzuschuss	Alle Schülerinnen und Schüler der Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren und Beruflichen Schulen (Schuljahr 25/26: 10.376)	Höhere Kosten der Schülerinnen und Schüler für Schullandheimaufenthalte.	- €	9.000 €	- €	9.000 €
13-7	Reduzierung Schulleitungsbudget Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren	Alle Schülerinnen und Schüler der Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (Schuljahr 2025/26: 958)	Priorisierung im Bereich der den Schulleitungen zur Verfügung gestellten laufenden Beträge.	- €	23.588 €	- €	23.588 €
13-8	Reduzierung Schulleitungsbudget Berufliche Schulen	Alle Schülerinnen und Schüler der Beruflichen Schulen (Schuljahr 2025/26: 9.498)	Priorisierung im Bereich der den Schulleitungen zur Verfügung gestellten laufenden Beträge.	- €	51.637 €	- €	51.637 €
13-9	Ausgleichszuweisungen (Schulpauschale) aus dem Ausbildungsfond Baden-Württemberg (AfBW)	Ausbildungsfonds Baden-Württemberg (AfBW)	Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026: Finanzierung des AfBW ist gesichert (gesetzliches Finanzierungssystem).	85.000 €	- €	- €	85.000 €
13-10	Schullastenausgleich	Land	Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026: Höhere Beteiligung des Landes an den Schulträgerkosten des Landkreises.	382.330 €	- €	- €	382.330 €

Übersicht empfohlene Handlungsempfehlungen (Re-)Set 2027

OZ.	Kurzbezeichnung	Zielgruppe Größe der Zielgruppe	Auswirkungen	Erträge	Sachaufwand	Personalaufwand	Gesamt
13-11	Sportgeräteprüfung (Wartung und Prüfung der Sporthallen inkl. Sportgeräten im Innen- / Außenbereich)	Dienstleister	Verlängerung des Prüfungszeitraums innerhalb des rechtlich zulässigen Rahmens. Bisher jährliche Prüfung. Umstellung auf einen Zweijahresrhythmus, d. h. die Prüfung 2027 entfällt.	- €	11.000 €	- €	11.000 €
21-1	Allgemeiner Bedarf GT Klimaschutz	Mitarbeitende des GT 211	Kürzungen bei: Fortbildung, Dienstreisen, Publikationen, Gelder für Praktikas.	- €	2.000 €	3.060 €	5.060 €
21-2	Klimaschutz - Kommunikation	Einwohner Landkreis, Vereine, Initiativen	Streichung von: Veranstaltungen für Bürgerinnen und Bürger, Beteiligung am Spätlingsmarkt, Teilnahme an Berufsausbildungsmessen, Netzwerkveranstaltungen des Klimabündnis Kreis Ludwigsburg	- €	12.000 €	72.850 €	84.850 €
21-3	Klimaschutz - Erneuerbare Energien	Handwerker, Einwohner Landkreis, Kommunen	Streichung von: Qualitätsnetzwerk Bauen; Kürzung bei: Umsetzung Energiewende-Aktionsprogramm	- €	10.500 €	62.670 €	73.170 €
21-4	Klimaschutz - Unternehmen	Unternehmen	Kürzung bei: Energieberatung von Unternehmen	- €	1.500 €	- €	1.500 €
21-5	Klimaschutz - Klimaschutzkonzept (KSK) & Monitoring	Kreisräte, Einwohner Landkreis	Kürzung bei: Monitoring zur Sichtbarmachung des Status-quo im Klimaschutz, externe Beratungsleistungen und Zertifizierung.	- €	10.500 €	- €	10.500 €
21-6	Klimaschutz - Kommunen	Kommunen	Kürzung bei: Veranstaltungsreihe Klimaschutz vor Ort, Unterstützung der Kreiskommunen beim Klimaschutz.	- €	3.000 €	- €	3.000 €
21-7	Klimaschutz - Bildung	Schülerinnen und Schüler	Kürzung bei: Klimaschutz in Schulen Bildungsprojekt und Umweltbildung.	- €	11.000 €	- €	11.000 €
21-8	Klimaschutz - klimaneutrale Verwaltung	Mitarbeitende des Landratsamtes	Kürzung bei: Schulungen, Aktionstage	- €	4.700 €	17.195 €	21.895 €
21-9	Behördliches Mobilitätsmanagement	Belegschaft und Kundschaft des Landratsamts	Kürzungen bei Maßnahmen, Schulungsprogramm Änderung nach der HHK am 14.04.2026: Einsparbetrag erhöht sich von bisher 43.500 € um 2.000 € auf neu 45.500 €.	- €	45.500 €	- €	45.500 €
21-10	Elektromobilität	Einwohner Landkreis, Unternehmen	Kürzungen bei E-Mobilitätsprojekten, Verzicht auf Sammelausschreibung für Ladesäulen Änderung nach der HHK am 14.04.2026: Einsparbetrag erhöht sich von bisher 2.000 € um 11.000 € auf neu 13.000 € .	- €	13.000 €	- €	13.000 €
21-11	Nachhaltige Mobilität/Klimamobilitätsplan	Mitarbeitende des GT 212	Kürzungen bei Fortbildung und Dienstreisen	- €	2.400 €	- €	2.400 €
21-12	Mobilitätsprojekte im Landkreis	Einwohner Landkreis, Pendler	Kürzungen bei Mobilitätsprojekten Änderung nach der HHK am 14.04.2026: Einsparbetrag erhöht sich von bisher 21.000 € um 1.950 € auf neu 22.950 €.	- €	22.950 €	- €	22.950 €
21-13	Reduzierung der Marketingmaßnahmen für die Dachmarke Echt.Schön-Schräg.	Touristen, Einwohner	Verringerung der Wahrnehmung	- €	26.090 €	- €	26.090 €
21-14	Kündigung der Mitgliedschaft beim Naturpark Stromberg-Heuchelberg	Touristen, Einwohner, Kommunen	Keine Unterstützung des Naturparks und seiner Aufgaben für z.B. Wildkatzen oder Cisterscapes.	- €	11.600 €	- €	11.600 €

Übersicht empfohlene Handlungsempfehlungen (Re-)Set 2027

OZ.	Kurzbezeichnung	Zielgruppe Größe der Zielgruppe	Auswirkungen	Erträge	Sachaufwand	Personalaufwand	Gesamt
21-15	Kündigung der passiven Mitgliedschaft beim Remstal Tourismus e.V.	Touristen, Einwohner, Kommunen	Keine Unterstützung des Remstal Tourismus e.V. in ihrer touristischen Arbeit.	- €	1.000 €	- €	1.000 €
21-16	E-Bike Region	Touristen, Einwohner	Reduzierung des Marketingbudgets in Absprache mit den anderen Landkreisen in der Region.	- €	5.000 €	- €	5.000 €
21-17	Touristische Radwege und Tourismusmaßnahmen	Touristen, Einwohner, Kommunen	Reduzierung Marketingmaßnahmen für Radwege; keine weiteren Maßnahmen aus dem neuen Touristischen Maßnahmenkatalog umsetzen, Reduzierung der Messeauftritte und der hierzu nötigen Anschaffungen, Streichen der Verpflegungskosten im LRA.	- €	32.200 €	- €	32.200 €
21-18	Pilotprojekte Steillagen und Förderprogramm	Steillagen-Kommunen mit Förderprogrammen	Keine finanzielle Beteiligung von möglichen Pilotprojekten für die Steillagen, Reduzierung der Aufstockung der Förderprogramme der Kommunen für die terrassierten Steillagen für 2027	- €	82.500 €	- €	82.500 €
21-19	Breitband / Glasfaser Erfassung in GIS	Alle Kommunen des ZV	Reduzierung der Stellenanteile und Priorisierung der Aufgaben.			16.471 €	16.471 €
21-20	Konnexitätszahlung Koordinator Mobilität und Klimaschutz	Kommunen	Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026: Konnexitätszahlung	- €	- €	104.200 €	104.200 €
21-21	Umlage laufender Betrieb	Zweckverband Kreisbreitband	Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026: Verwendung von bereits abgerufenen Mitteln aus Vorjahr.	- €	100.000 €	- €	100.000 €
21-22	Mehreinnahmen Konnexitätszahlungen Klimawandelanpassung	Landkreis, Kommunen	Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026: Pflichtaufgabe, Erstellung eines Konzeptes	178.000 €	- €	- €	178.000 €
21-23	Reduzierung des Haushaltsansatzes für die finanzielle Unterstützung des Steillagenweins		Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026	- €	15.000 €	- €	15.000 €
21-24	Reduzierung Mitgliedsbeitrag Energieagentur Kreis Ludwigsburg LEA e.V. auf 50.000 € (von 100.000 €)	Energieagentur Kreis Ludwigsburg LEA e.V.	Änderungsantrag in der HHK am 14.04.2026: Der Mitgliedsbeitrag des Landkreises (bisher: 100.000 €) soll um 50 % reduziert werden. Auswirkungen: Veränderung der Geschäftstätigkeit erforderlich, da ansonsten ein Verlust der Gemeinnützigkeit droht. Änderungsantrag in der HHK am 17.06.2026: Der Einsparbetrag wurde von 50.000 € auf 25.000 € reduziert.	- €	25.000 €	- €	25.000 €
24-1	Bußgelder und Gebühren im Arbeitsschutz / ArbZG	Arbeitgeber/Unternehmen	In der Vergangenheit wurden Einnahmen für Bußgelder im ArbZG eher konservativ angesetzt, da Fallzahlen sehr schwankten. In den letzten Jahren waren die Fallzahlen an Beschwerden allerdings stark zunehmend. Betroffen sind Arbeitgeber.	25.000 €	- €	- €	25.000 €

Übersicht empfohlene Handlungsempfehlungen (Re-)Set 2027

OZ.	Kurzbezeichnung	Zielgruppe Größe der Zielgruppe	Auswirkungen	Erträge	Sachaufwand	Personalaufwand	Gesamt
25-1	Einrichtung und Unterhaltung eines GIS für Gemeinden und diverse Dienstleistungen	interessierte Kommunen (geplant mindestens 10)	Das neue interne Geoinformationssystem (GIS) soll den Kommunen zur Mitnutzung angeboten werden. Anstatt kostenintensive Einzelsysteme zu führen, würden durch die gemeinsame Nutzung Fixkosten geteilt werden, sodass eine wirtschaftlich nachhaltige Geodateninfrastruktur aufgebaut werden könnte. Der jährliche Beitrag würde voraussichtlich ca. 8.000 € pro Teilnehmer betragen. Aufgrund neuer Verträge werden die Erfassungskosten der Bebauungspläne in die finanzielle Beteiligung der Gemeinden inkludiert (- 2.000 €). Aus Tätigkeiten für die Gutachterausschüsse resultieren Erträge von 6.000 €.	86.000 €	- €	- €	86.000 €
25-2	Personaleinsparungen	Mitarbeiter des GT 253 Mitarbeiter des GT 253	Im GT 253 soll auf die Wiederbesetzung einer Vermessungstechniker-Stelle (0,5 VZÄ) ab Februar 2027 verzichtet werden. Des Weiteren soll auf zwei vermessungstechnische Assistenzen (zusammen 1,3 VZÄ) verzichtet werden, Abgabe an den Pool. Durch den Verzicht auf diese Stellen werden Vermessungstechniker die Aufgaben als Fahrer und Messgehilfe übernehmen müssen. Der GT wird hinsichtlich der zu erbringenden Aufgaben und der erwarteten Gebühreneinnahmen geschwächt.	- €	- €	113.347 €	113.347 €
25-3	Reduzierung Sachkosten (Büromaterial, Fortbildungen, Reisekosten, etc.)	Mitarbeiter des FB 25 Alle MA des FB 25	Negative Auswirkung auf die Aufgabenerledigung aufgrund von Arbeitsmaterialeinsparungen und fehlenden Fortbildungen.	- €	3.500 €	- €	3.500 €
25-4	Aussetzung Buchbindearbeiten für 2027	Mitarbeiter des FB 25 Alle MA des FB 25	Negative Auswirkung für die Akten. Da viele Akten noch digitalisiert werden müssen, sollten sie dafür in einem guten Zustand sein. Ein schlechter Zustand wirkt sich auf die Bearbeitungsdauer der Digitalisierung aus. Ggf. sind die Akten nach der Digitalisierung neu zu binden.	- €	8.000 €	- €	8.000 €
25-5	Ausgleichszahlung Opendata	Mitarbeiter des FB 25 Alle MA des FB 25	Durch die Einführung von Opendata sind Erträge durch die kostenlose Bereitstellung von Geodaten verloren gegangen. Das MLW stellt dafür eine Ausgleichszahlung bereit.	37.520 €	- €	- €	37.520 €
27-1	Planverbesserungen im Budget	intern	Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026: Fördersatz für Personalkosten bei Bio-Musterregion ab 2027 erhöht; in Fachbereich 27 und Fachbereich 11 berücksichtigten Kosten für Werkstudentin Bio-Musterregion in Haushaltsplan bereinigt.	- €	23.200 €	- €	23.200 €

Übersicht empfohlene Handlungsempfehlungen (Re-)Set 2027

OZ.	Kurzbezeichnung	Zielgruppe Größe der Zielgruppe	Auswirkungen	Erträge	Sachaufwand	Personalaufwand	Gesamt
30-1	Umschichtung Fahrbahndeckensanierung in den Finanzhaushalt	Verkehrsteilnehmende, größer 100.000	keine, da Finanzierung über Sondervermögen Änderung nach der HHK am 14.04.2026: Aufgrund weiterer Hinweise zum LuKIFG können reine Fahrbahndeckensanierungen nicht als förderfähige wertsteigernde Investitionen angesehen werden. Die Maßnahmen müssen daher aus allgemeinen Haushaltsmitteln finanziert werden.	- €	320.000 €	- €	320.000 €
30-2	Einsparung Reinigungskolonnen 1 in Ludwigsburg	Verkehrsteilnehmende, größer 100.000	Mehr Müll am Straßenrand	- €	14.000 €	242.000 €	256.000 €
30-3	Verlängerung Abschreibungszeiträume	keine		- €	450.000 €	- €	450.000 €
313-1	Verstärkung der kommunalen Geschwindigkeitsmessungen	Verkehrsteilnehmende größer 100.000	Verbesserung der Verkehrssicherheit	105.000 €		- €	105.000 €
32-1	Verbundlasten- und Verkehrslastenausgleich Landeshauptstadt Stuttgart - Evaluation ÖPNV-Vertrag - Mindestziel Wegfall Dynamisierung	Landeshauptstadt Stuttgart	Kein Rechtsanspruch, Verhandlungssache, auch die Landeshauptstadt Stuttgart ist in einer finanziellen Schieflage.	- €	304.200 €	- €	304.200 €
32-2	Verkehrsumlage Verband Region Stuttgart: Reduzierung ÖPNV-Rücklage	Verband Region Stuttgart, Verbandsmitglieder	Gespräche mit dem Verband Region Stuttgart erforderlich. Ziel: Reduzierung umlagefinanzierte Rücklage des Verbands Region Stuttgart (mind. 2 Mio. € für Ludwigsburg) Änderung nach der HHK am 14.04.2026: Reduzierung von 2,0 Mio. € auf 2,2 Mio. € erhöht.	- €	2.200.000 €	- €	2.200.000 €
32-3	Reduzierung Personalaufwand	Kunden Fachbereich		- €		173.809 €	173.809 €
32-4	Betriebskostenumlage Zweckverband Strohgäubahn: Betriebskostenzuschuss des Landes für 25 und 26 wird in Verbandsrücklage abgeführt und 2027 an die Zweckverbandsmitglieder ausbezahlt und Wegfall externe Beratung Strohgäubahn	Zweckverband Strohgäubahn	Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026 Änderung nach der HHK am 14.04.2026: Durch den Wegfall der externen Beratung erhöht sich der Einsparbetrag von 1,5 Mio. € um 90.000 € auf 1,59 Mio. €. Es werden geringe Auswirkungen erwartet. Die Mitarbeitenden des Zweckverbands müssen auf eine externe Unterstützung verzichten und dadurch eigenständiger tätig werden.	- €	1.590.000 €	- €	1.590.000 €
32-5	Betriebskostenumlage Zweckverband Stadtbahn LUCIE	Zweckverband Stadtbahn	Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026 Änderung nach der HHK am 14.04.2026: Weitere Verbesserung um 358.000 € zu den bislang geplanten 400.000 €.	- €	758.000 €	- €	758.000 €
33-1	Mieten und Pachten (34110000)	Untervermietung von Gemeinschaftsunterkünften	keine Auswirkungen auf Dritte.	230.000 €	- €	- €	230.000 €
33-2	Personaleinsparung (insgesamt 4 VZÄ)	Mitarbeitende bei FB 33	Personalabbau, der aber aufgrund sinkender Fallzahlen auch gerechtfertigt ist.	- €	- €	302.449 €	302.449 €

Übersicht empfohlene Handlungsempfehlungen (Re-)Set 2027

OZ.	Kurzbezeichnung	Zielgruppe Größe der Zielgruppe	Auswirkungen	Erträge	Sachaufwand	Personalaufwand	Gesamt
33-3	Zuweisungen vom Land Ausgleich nach § 21 FAG	Landeserstattung für Asylbewerber, die nicht mehr in der VU untergebracht sind (Geduldete)	Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026: keine Auswirkungen auf Dritte.	1.500.000 €	- €	- €	1.500.000 €
33-4	Mieten und Pachten unbewegliches Vermögen (42310010)	Mieten und Pachten für Gemeinschaftsunterkünfte	Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026: keine Auswirkungen auf Dritte, da Rückgang der Belegungskapazität.	- €	703.000 €	- €	703.000 €
33-5	Betriebskosten insgesamt (42410000;42410500;42410520; 42410540;42410560;42410570;42410630)	Energiekosten, Aufwendungen für Wasser, Abwasserbeseitigung, Gebäudereinigung, gebäudebezogene Versicherungen, Gebäudesteuer, Wartungskosten an den Unterkünften	Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026: keine Auswirkungen auf Dritte, da Rückgang der Belegungskapazität.	- €	355.000 €	- €	355.000 €
33-6	Bewachung von Gebäuden (42410590)	Sicherheitsdienst Gemeinschaftsunterkunft Geisinger Str. 64-70, Bietigheim-Bissingen	Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026: keine Auswirkungen auf Dritte, da Rückgang der Belegungskapazität.	- €	300.000 €	- €	300.000 €
33-7	Umzüge/Transporte/Beförderungen (42710075)		Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026: keine Auswirkungen auf Dritte, da Rückgang der Belegungskapazität bzw. Zugangszahlen.	- €	40.000 €	- €	40.000 €
33-8	Erstattung für soziale Betreuung an freie Träger (44580016)	Erstattung für soziale Betreuung in der VU und AU an freie Träger	Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026: keine Auswirkungen auf Dritte, da Rückgang der Fallzahlen.	- €	199.000 €	- €	199.000 €
33-9	Erstattung Land Pakt für Integration		Reine Planverbesserung zum Jahr 2026	493.269 €	- €	- €	493.269 €
IV-S-1	Einstellung der App "Integreat"	Zugewanderte, Geflüchtete	App ist mittlerweile durch kostenlose, mehrsprachige KI-Lösungen überholt. Nutzerzahlen rufen ganz überwiegend auch nur auf Deutsch ab. Aufwand zur Aktualisierung demgegenüber sehr hoch.	- €	10.000 €	- €	10.000 €
IV-S-2	Streichung von 2 Kursen nach VwV Deutsch	A1-Kurs für Neuzugewanderte, die (noch) keinen Integrationskurs besuchen (war reines Ergänzungsangebot); B2-Kurs für neuzugewanderte Pflegekräfte	A1-Kurs: Stattdessen wird an den weiterhin möglichen und von BAMF finanzierten Integrationskursen teilgenommen, hierzu ist Verpflichtung durch Jobcenter oder Ausländerbehörde notwendig; B2-Kurs für Pflegekräfte: Bisher ohnehin geringer Erfolg der Kurse, niedrige Bestehensquoten, unregelmäßige Teilnahmen.	- 17.300 €	41.100 €	- €	23.800 €
IV-S-3	Sonstige Verwaltungskosten und Planverbesserungen	-	Anpassung an RE 2025	- €	4.700 €	- €	4.700 €
IV-S-5	Einsparbeitrag durch die Liga der freien Wohlfahrtsverbände bei den Transferaufwendungen	soziale Trägerlandschaft im Landkreis	ggf. Reduzierung von Angeboten, Verlängerung von Wartezeiten o.ä.	- €	300.000 €	- €	300.000 €
40-1	Erlauf einer Kostenbeitragsatzung in der Kindertagesbetreuung	Eltern, die Kindertagespflege in Anspruch nehmen	Eltern müssen höhere Kostenbeiträge für die Betreuung ihrer Kinder aufwenden.	74.226 €	- €	- €	74.226 €
40-2	Prozessoptimierung bei der Beauftragung von Gutachten	Seelisch Beeinträchtigte Kinder/Jugendliche/ Volljährige	Verwaltungsvereinfachung ohne Nachteil für Betroffene.	- €	30.000 €	- €	30.000 €
40-3	Veränderte Finanzierung von Poollösungen bei Schulbegleitungen	Seelisch Beeinträchtigte Kinder/Jugendliche/ Volljährige	Statt Einzelfallhilfen sollen Poollösungen gefördert werden.	- €	80.000 €	- €	80.000 €

Übersicht empfohlene Handlungsempfehlungen (Re-)Set 2027

OZ.	Kurzbezeichnung	Zielgruppe Größe der Zielgruppe	Auswirkungen	Erträge	Sachaufwand	Personalaufwand	Gesamt
40-4	Verwaltungskosten: Anpassungen an RE 2025	Vorlesewettbewerb: Grundschulkinder Vertretungsregelung Kindernester-LRA: Tagespflegepersonen in Kindernestern Vertretungsregelung Kindernester- Gemeinde: Tagespflegepersonen in Kindernestern Budget für Dienstreisen: Mitarbeitende FB 40 Sonstige Aufwendungen: Referenten + Miete Quali bis 160 UE	Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026: 500 € geringerer Sachaufwand 30.000 € geringerer Sachaufwand 22.500 € geringere Erträge 2.000 € geringerer Sachaufwand 2.000 € geringerer Sachaufwand	- 22.500 €	34.500 €	- €	12.000 €
40-5	Planverbesserung verschiedene Zuweisungen/Erstattungen	Unbegleitete Minderjährige Ausländer (UMA) FAG-Mittel: Kindertagespflege	Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026: UMA Erstattungen Land für Hausmeister und Präsenzdienst = 70.000 € höhere Erträge FAG-Mittel = 223.692 € höhere Erträge	293.692 €	- €	- €	293.692 €
40-6	Landeserstattung kommunaler Suchtbeauftragter	Kommunaler Suchtbeauftragter	Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026	25.500 €	- €	- €	25.500 €
40-7	Transferaufwendungen	Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe, Förderung in der Familie, Unterhaltsvorschuss, Kindertagesbetreuung, UMA	Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026	- €	1.624.000 €	- €	1.624.000 €
42-1	Verbessertes Rückforderungsmanagement im Bereich der Hilfe zur Pflege (Umschichtung aus 2026; OZ 42-3 aus HHK 2026)	Leistungsempfänger mit Rückzahlungsverpflichtung nach Gesetz, Erben, Dritte	Verbesserung des Rückforderungsmanagements von überzahlten Leistungen im Bereich der Hilfe zur Pflege; Ansatz aus HHK 2026 (2 Mio €) kann nicht erreicht werden, da das vorgesehene Personal erst Mitte 2026 anfangen wird. Unter Abzug bereits generierter Erträge und der Erwartung für den weiteren Jahresverlauf wird ein Teilbetrag aus 2026 damit erst Anfang 2027 kassenwirksam werden.	1.250.000 €	- €	- €	1.250.000 €
42-2	Verbessertes Rückforderungsmanagement im Bereich Sozialhilfe	Unberechtigte Leistungsempfänger	Verbesserung des Rückforderungsmanagements von überzahlten Leistungen im Bereich der Sozialhilfe durch Einsatz zusätzlichen (Stand jetzt: temporären) Personals, vor allem zur Aufarbeitung von Rückständen und zum Aufbau einer Wissensdatenbank. Die Ertragsansätze können bis zu maximal 500.000 € betragen, dies setzt aber die Durchsetzbarkeit denkbarer Ansprüche voraus. Daran scheitert es häufig (Auslandsbezug, Aufbrauch von Überzahlungen usw.). Angesetzt wird deshalb nur ein verminderter Ertragsbetrag.	170.000 €	- €	- €	170.000 €
42-3	Prozessoptimierungen in der EGH	Klienten, Leistungserbringer	Die Hilfen sollen weiterhin passgenau erfolgen. Allerdings soll die Hilfestellung in den Prozessen und in der Bedarfsermittlung weiter optimiert werden.	- €	1.000.000 €	- €	1.000.000 €

Übersicht empfohlene Handlungsempfehlungen (Re-)Set 2027

OZ.	Kurzbezeichnung	Zielgruppe Größe der Zielgruppe	Auswirkungen	Erträge	Sachaufwand	Personalaufwand	Gesamt
42-4	Bildung von Poollösungen bei Schulbegleitungen in der EGH	Klienten bei den SBBZs und Personal	Bisher wird jedem Kind ein eigener Schulbegleiter am SBBZ im Rahmen der Eingliederungshilfe im Verhältnis 1:1 zugewiesen. Künftig sollen Poollösungen gebildet werden, um hier Synergieeffekte zu nutzen. Die SBBZs sind parallel in Sachen Betreuung und Klassengrößen besser ausgestattet als Regelschulen. Fachlich lässt sich die Qualitätseinbuße der Betreuung daher gut vertreten. Das entspricht auch den Bestrebungen anderer Landkreise. Auch auf Landesebene werden derzeit diese Ansätze verfolgt. (Hinweis: Aus dem Transferhaushalt wird Personal bei Dez. I bezahlt. Dementsprechend würde dann Personal bei Dez. I in derselben Höhe wegfallen)	- €	204.500 €	- €	204.500 €
42-5	Weiteres Vorgehen Tragwerk e.V. (OZ 42-5 aus HHK 2026)	Klienten, Menschen mit Behinderung	Der Verein wurde bis 2025 mit 25.000 € pro Jahr bezuschusst. In der HHK 2026 (OZ 42-5) wurde der Zuschuss gestrichen und stattdessen eine Ersatzfinanzierung über die Breyer-Stiftung umgesetzt. Die Verwaltung wurde beauftragt, den Zuschuss zur Entscheidung in der HHK 2027 erneut aufzurufen, da eine Ersatzfinanzierung über die Breyer-Stiftung auch für 2027 nicht umsetzbar sein würde. Zudem hat die SPD die Weitergewährung des Zuschusses per Antrag vom 20.11.2025 im Sozialausschuss am 21.11.2025 beantragt. Eine Ersatzfinanzierung im Haushaltsjahr 2027 über die Breyer-Stiftung wird Stand 15.04.2026 voraussichtlich nur in Höhe von ca. 10.000 € weiter möglich sein. Es besteht somit ein Delta in Höhe von bis zu 15.000 €. Soweit der Restbetrag über den Kreishaushalt finanziert wird, würde dies einen Mehraufwand in Höhe von 15.000 € bedeuten. Dies wird nicht vorgeschlagen. Stattdessen wird sich die Verwaltung für andere Drittfinanzierungen einsetzen. Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.	- €	- €	- €	- €

Übersicht empfohlene Handlungsempfehlungen (Re-)Set 2027

OZ.	Kurzbezeichnung	Zielgruppe Größe der Zielgruppe	Auswirkungen	Erträge	Sachaufwand	Personalaufwand	Gesamt
42-6	Weiteres Vorgehen Gemeinsam e.V. (OZ 42-4 aus HHK 2026)	Familien mit körper- und mehrfachbehinderten Kindern und Erwachsenen	Der Verein wurde bis 2025 mit 9.200 € pro Jahr bezuschusst. In der HHK 2026 (OZ 42-4) wurde der Zuschuss gestrichen und stattdessen eine Ersatzfinanzierung über die Breyer-Stiftung umgesetzt. Die Verwaltung wurde beauftragt, den Zuschuss zur Entscheidung in der HHK 2027 erneut aufzurufen, da eine Ersatzfinanzierung über die Breyer-Stiftung auch für 2027 nicht umsetzbar ist. Eine Wiedereinführung des Zuschusses würde 9.200 € Mehraufwand bedeuten. Dies wird nicht vorgeschlagen. Stattdessen wird sich die Verwaltung für andere Drittfinanzierungen einsetzen. Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.	- €	- €	- €	- €
42-7	Erhöhung des Zuschusses für FED-Leistungen in Anlage 4 um 64.800 € als pragmatischer Ansatz an Stelle von Einzelfallhilfen	Klienten familienentlastender Dienste in der EGH	Änderung nach dem Begleitbeirat am 20.04.2026: Betrag wurde von 64.000 € auf 64.800 € korrigiert. Aktuell werden schon kommunale Zuschüsse in Höhe von 129.000 € gewährt (das Land fördert in derselben Höhe). Der Vorschlag ist, den Zuschuss um weitere 64.800 € zu erhöhen. Dadurch können FED-Leistungen weiterhin auf pragmatischem Weg erbracht werden. Unterbleibt eine Erhöhung, müssten Einzelfallanträge gestellt werden. Das bedeutet bei Leistungserbringern wie Verwaltung einen deutlich höheren Aufwand, die Umsetzbarkeit ist deutlich erschwert.	- €	64.800 €	- €	64.800 €
42-8	Rückstandsbearbeitung im Bereich der Verwahrbücher	Umschichtung aus 2026	Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026: Sollstellungen im Bereich der Verwahrbücher können aufgrund vorhandener Rückstände in der EGH nicht mit Priorität abgearbeitet werden. Dies soll erfolgen, sobald zu priorisierende Vorgänge abgearbeitet sind.	1.000.000 €		- €	1.000.000 €
42-9	Planverbesserungen Personalkostenerstattungen Delegationsgemeinden und Schulbegleiter SBBZ		Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026: Personalkostenerstattung Delegationsgemeinden = 30.980 € geringerer Sachaufwand Erstattungen Personalkosten aus Transfer für Schulbegleiter SBBZ (zum Teil aber mit gleichzeitiger Verschlechterung im Transferhaushalt) = 289.070 € höhere Erträge.	289.070 €	30.980 €	- €	320.050 €

Übersicht empfohlene Handlungsempfehlungen (Re-)Set 2027

OZ.	Kurzbezeichnung	Zielgruppe Größe der Zielgruppe	Auswirkungen	Erträge	Sachaufwand	Personalaufwand	Gesamt
42-10	Rein informativ: Weitere Maßnahmen in der EGH (Digitalisierung, Vereinfachung Abrechnungskonzepte, Modellvereinfachung,...)	Abläufe in der EGH	Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026: Hier sind aktuell mehrere Maßnahmen auf Ebene der kommunalen Landesverbände und auf Landesebene im Gang. Das betrifft u.a. die Umsetzung einer einheitlichen digitalen Schnittstelle (zur Vereinfachung der Abrechnung). In Sachen Modellkonsolidierung ist unklar, ob überhaupt eine direkte Ersparnis ableitbar ist, diese wird sich voraussichtlich nur in Form von Entbürokratisierung von Verwaltungsabläufen beim Landkreis wie bei den Einrichtungen zeigen. Die zeitlichen wie monetären Erwartungen bleiben zum jetzigen Zeitpunkt unbestimmbar. Deshalb wird ein zusätzlicher Ansatz zu OZ 42-3 nicht aufgenommen.	- €	unbestimmbar, Wirkungen voraussichtlich erst zum Haushalt 2028	- €	- €
42-11	Globaler Minderaufwand Personal Fachbereich 42	intern	Prozessmanagement und Kienbaum-Analyse sollen Effizienzpotenziale identifizieren.	- €	- €	200.000 €	200.000 €
43-1	Modellprojekt Kurzzeitpflege		Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026: zusätzliche Einnahmen aus Landeserstattungen.	100.000 €	- €	- €	100.000 €
43-2	Planveränderungen Einnahmen		Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026: höhere Zuweisungen im Rahmen der Pflegestützpunkte; höhere Einnahmen durch Kooperation mit dem Hohenlohekreis beim Soz. Entschädigungsrecht, Planverbesserung WoGPlusG sowie höhere Einnahmen im Zusammenhang mit dem BtOG.	422.000 €	- €	- €	422.000 €
44-1	Vermischte Aufwendungen - Reduzierung des Budgets für die Ausbildungsmesse „Plan A“	Arbeitgeber und SGB II-Leistungsbeziehende	Eingeschränkte Durchführung der Ausbildungsmesse (geringere Reichweite, weniger Arbeitgeber); ggf. wirtschaftlich nicht umsetzbar; reduzierte Zugänge zu Ausbildungsangeboten und erschwerte Integrationsarbeit.	- €	15.000 €	- €	15.000 €
44-2	Kommunale Eingliederungsleistungen / Kinderbetreuungskosten	SGB II-Leistungsbeziehende	Restriktivere Bewilligungspraxis; Einschränkung von Unterstützungsleistungen bei der Arbeitsmarktintegration (insbesondere Bewerbungsphase) mit möglichen Verzögerungen im Integrationsprozess.	- €	8.000 €	- €	8.000 €
44-3	Stellenschaffungen im Kontext der Digitalisierung (2,0 VZÄ unbefristet)	Mitarbeitende und SGB II-Leistungsbeziehende	Sicherstellung der digitalen Umsetzung und Steuerung von Prozessen; Voraussetzung für Nutzung von Automatisierungs- und KI-Potenzialen; ohne Aufstockung unzureichende Umsetzung der Digitalisierung, ineffiziente Prozesse und perspektivisch steigender operativer Personalbedarf.	210.000 €	- 19.400 €	- 180.000 €	10.600 €
44-4	Verschiedene Verwaltungskosten (Geringwertiger Vermögensgegenstände, Vermischte Aufwendungen, Aus- und Fortbildung, Gerichts- und Anwaltskosten, u.a.)	Verwaltung	Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026: sparsamerer Ansatz, weniger Spielraum.	- €	17.000 €	- €	17.000 €

Übersicht empfohlene Handlungsempfehlungen (Re-)Set 2027

OZ.	Kurzbezeichnung	Zielgruppe Größe der Zielgruppe	Auswirkungen	Erträge	Sachaufwand	Personalaufwand	Gesamt
44-5	Kommunaler Transferleistungsbereich (Kosten der Unterkunft, Einmalige Beihilfen, Kommunale Eingliederungsleistungen, BuT)	SGB II-Leistungsbeziehende	Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026: Planverbesserung aufgrund aktualisierter Annahmen bei weitgehend stabilen Fallzahlen; Kostenentwicklung weiterhin durch steigende Kosten je Bedarfsgemeinschaft geprägt und nur eingeschränkt steuerbar.	- €	1.215.000 €	- €	1.215.000 €
V-S-1	Einsparung Verwaltungsstelle (1,0 VZÄ)		Keine Erweiterung der Bußgeldstelle, keine vollumfängliche Urlaubs- und Krankheitsvertretung im Verwaltungsbereich, keine zusätzlichen Verwaltungsaufgaben, bestehende müssen neu priorisiert und ggf. gestrichen werden. Änderung nach der HHK am 27.03.2026: Ursprünglich hätten 40 % der Stelle in den Pool gegeben werden sollen (Einsparung 34.866 €). Besetzte Stellen können aber nicht anteilig abgegeben werden. Deshalb wird jetzt die ganze Stelle eingespart. Dies dient auch zur Erreichung der Einsparvorgabe.	- €	- €	87.164 €	87.164 €
50-1	Einsparung Hygienekontrolleur in GT 502 (1,0 VZÄ)	Kommunen, Behörden, vereinzelte Privatpersonen ca. 50/a	Verlagerung in Umweltmedizin, dort längere Wartezeiten von Antragstellern. Änderung nach der HHK am 27.03.2026: Der Einsparbetrag der empfohlenen Handlungsempfehlung muss von ursprünglich 61.264 € auf 35.737 € reduziert werden.	- €	- €	35.737 €	35.737 €
50-2	Einsparung Verwaltungsstelle (0,6 VZÄ)		Keine Urlaubs- und Krankheitsvertretung im Verwaltungsbereich, Übernahme von Verwaltungsaufgaben von höher eingruppierten Mitarbeitenden. Änderung nach der HHK am 27.03.2026: Neuer Vorschlag zur Erreichung der Einsparvorgabe.	- €	- €	31.167 €	31.167 €
51-1	Stellenreduktion Assistentin im Gesundheitsdienst (0,1 VZÄ)	Einschulungsuntersuchung, Weisungsaufgabe	Nicht mehr alle Kinder können untersucht werden; Schwierigkeiten Feststellung Sprachförderbedarf.	- €	- €	7.292 €	7.292 €

Übersicht empfohlene Handlungsempfehlungen (Re-)Set 2027

OZ.	Kurzbezeichnung	Zielgruppe Größe der Zielgruppe	Auswirkungen	Erträge	Sachaufwand	Personalaufwand	Gesamt
51-2	Einsparung Sozialarbeiter (1,0 VZÄ)	Psychisch kranke Menschen	Betreuung akut gefährdeter Personen außerhalb des PsychKHG fällt weg; Betreuungszeit psychisch Kranker wird reduziert. Änderung nach der HHK am 27.03.2026: Zu dieser empfohlenen Handlungsempfehlung (Personaleinsparung 76.826 €) hat die Fraktion LuV am 30.04.2026 beantragt, dass der Sozialausschuss empfehlen soll von der Stellenstreichung abzusehen. Im Sozialausschuss am 04.05.2026 wurde die Entscheidung über den Antrag auf die HHK 5 verschoben. Vorschlag der Verwaltung: Die Stelle verbleibt im Stellenplan und wird entsprechend der gebührenfinanzierten Inanspruchnahme durch die Kommunen besetzt. Bei einer Besetzung mit 0,5 VZÄ reduziert sich die Personaleinsparung um 38.413 €, dafür entstehen Erträge in gleicher Höhe.	38.413 €	- €	38.413 €	76.826 €
52-1	Stellenreduktion Mitarbeiterin Gesundheitsförderung (0,25 VZÄ)	Bevölkerung Landkreis	Quantitative und qualitative Verschlechterung der Arbeit in der Prävention und Gesundheitsförderung.	- €	- €	17.696 €	17.696 €
52-2	Stellenreduktion Mitarbeiterin Gesundheitsförderung (0,8 VZÄ)	Bevölkerung Landkreis	Quantitative und qualitative Verschlechterung der Arbeit in der Prävention und Gesundheitsförderung. Zurückgestellt in der HHK am 27.03.2026: Ursprünglich hätten 30 % der Stelle in den Pool gegeben werden sollen (Einsparung 25.560 €). Besetzte Stellen können aber nicht anteilig abgegeben werden. Deshalb wird jetzt die Teilzeitstelle ganz eingespart.	- €	- €	68.162 €	68.162 €
50-54-1	Erhöhung Erträge FB 50-54 gesamt	Kommunen, Behörden, Privatpersonen	Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026: Erhöhung, Bußgelder/Gebühren	650 €	- €	- €	650 €
50-54-2	geringere Fortbildungskosten FB 50-54 gesamt	FB 50-54	Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026: Da weniger Ärztinnen und sozialmedizinische Assistentinnen im Jahr 2027 in Weiterbildung sind, reduzieren sich die Fortbildungskosten entsprechend.	- €	5.300 €	- €	5.300 €
50-54-3	geringere sonstige Sachkosten FB 50-54 gesamt	Bevölkerung Landkreis	Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026: Einsparungen im Bereich Prävention, Büromaterial, Dienstreisen sowie sonstige Aufwendungen.	- €	10.800 €	- €	10.800 €

Übersicht empfohlene Handlungsempfehlungen (Re-)Set 2027

OZ.	Kurzbezeichnung	Zielgruppe Größe der Zielgruppe	Auswirkungen	Erträge	Sachaufwand	Personalaufwand	Gesamt
55-1	Einsparung Stelle Veterinäramt (1,0 VZÄ)		Mitarbeiterin aktuell im Mutterschutz, Stelle soll dann nicht nachbesetzt werden. Änderungsantrag in der HHK am 27.03.2026: Stelle im Stellenplan belassen, aber bis zur Rückkehr der Mitarbeiterin nicht besetzen.	- €	- €	61.267 €	61.267 €
55-2	Erhöhung Erträge FB 55	Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung	Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026: Mehreinnahmen bei Produkt 122601 – Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung, Kostenart 31310020 – Buß- und Zwangsgelder: Durch die zu erwartende Zunahme von bestimmten Fallgruppen, die nunmehr mit Bußgeldern geahndet werden können, ist hier mit Mehreinnahmen zu rechnen.	2.700 €	- €	- €	2.700 €
55-3	Einsparung Sachkosten FB 55	Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung	Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026: Weniger Ausgaben bei Produkt 122601 – Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung, Kostenart 42610500 - Aus- u. Fortbildung, Umschulung: In Vorjahren noch veranschlagte Mittel für zwei Auszubildende fallen nach Abschluss der Ausbildung weg.	- €	2.000 €	- €	2.000 €
60-9	Reduzierung Zuschuss Schiller-Nationalmuseum auf 16.000 €	Literatur- und Kulturinteressierte	Nachdem das DLA zu 90 % aus Bundes- und Landesmitteln gefördert wird, wirkt sich die Reduzierung des Landkreiszuschusses aus Sicht der Verwaltung nicht wesentlich aus.	- €	4.000 €	- €	4.000 €
60-10	Reduzierung Zuschuss Deutsch-Französisches Institut LB e.V. auf 4.000 €	Literatur- und Kulturinteressierte	Angesichts der Höhe der Zuschüsse von Bund und Land (insg. 1,5 Mio. € im Jahr 2023 und Stadt Ludwigsburg: ca. 280.000 €) wirkt sich die Reduzierung des Landkreiszuschusses eher gering aus.	- €	1.000 €	- €	1.000 €
60-13	Gewinnabführung von der AVL an den Landkreis	AVL	Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026: Zur Höhe des AVL-Gewinns 2026 ist aktuell noch keine verlässliche Prognose möglich. Rücklage der AVL wird nicht weiter aufgebaut.	offen	- €	- €	- €
60-14	Deckelung des Verlustausgleich Kliniken in 2027 auf 25 Mio. €	Kliniken gGmbH	Der Wert für 2027 aus der Unternehmensplanung 2026 wird auf die volle Mio. € nach unten abgerundet.	- €	871.800 €	- €	871.800 €
60-15	Abruf der LuKIFG-Mittel anstelle Inanspruchnahme Kreditermächtigungen 2026-2029	Kreditinstitute	Reduzierung Kreditzinsen (383.200 €) und Kreditbeschaffungskosten (15.000 €)	- €	398.200 €	- €	398.200 €

Übersicht empfohlene Handlungsempfehlungen (Re-)Set 2027

OZ.	Kurzbezeichnung	Zielgruppe Größe der Zielgruppe	Auswirkungen	Erträge	Sachaufwand	Personalaufwand	Gesamt
60-16	Abschaffung SAP-Tool Kassensicherheit	Landkreis	Weniger Kassensicherheit mit höherem Risiko für Schadensfälle Änderung in der HHK am 20.04.2026: Statt des SAP-Tools soll künftig eine kostengünstigere Alternative eingesetzt werden. Der Einsparbetrag reduziert sich dadurch von 21.249 € um 13.762 € auf 7.487 €.	- €	7.487 €	- €	7.487 €
60-17	Personaleinsparung von Planungsliste 2026	Mitarbeiter im Fachbereich 60	Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026: Keine Auswirkungen Änderung in der HHK am 20.04.2026: Der berechnete Einsparbetrag hat sich von 40.459 € um 14.959 € auf 25.500 € reduziert.	- €	- €	25.500 €	25.500 €
60-19	Erhöhung UKBW Verbandsumlage Kliniken	Kliniken	Reine Planverbesserung zum Jahr 2026: Keine, da Anpassung an das Rechnungsergebnis.	160.000 €	- €	- €	160.000 €
61-1	Kündigung "Vertrauensschadenversicherung", Minimierung der Kosten für Versicherungen	betroffen ist die gesamte Belegschaft bei vorsätzlicher Dienstpflichtverletzung (z.B. Betrug, Unterschlagung, Diebstahl, etc.)	Direkte Regressnahme beim Mitarbeitenden mit dem Risiko, dass der Landkreis auf dem Schaden sitzen bleibt. Es können hohe Schadenssummen entstehen.	- €	12.000 €	- €	12.000 €
61-2	Steigerung der Erträge aus Nebenforderungen	alle säumigen Schuldner des Landkreises	Aus der Bündelung des Forderungsmanagements für den Bereich der Sozial- und Jugendhilfe bei der Kreiskasse lassen sich höhere Erträge aus Säumniszuschlägen und Mahnkosten generieren.	15.000 €	- €	- €	15.000 €
61-3	Steigerung Erträge aus Habenzinsen Kreditinstitute	alle Geschäftspartner des Landkreises	Die Echtzeitüberweisung wird zum Standard, dadurch kann die vorhandene Liquidität bei jedem Zahlungsvorgang einen Kalendertag länger genutzt werden.	85.500 €	- €	- €	85.500 €
61-4	Steigerung Erträge aus Habenzinsen Kliniken	Kliniken gGmbH	Streichung der Rabattierung für die Habenverzinsung neuer Betriebsmittelkredite ab 2027. Zurückgestellt in der HHK am 14.04.2026: Die ursprünglichen Mehrerträge von 400.000 € erhöhen sich durch die erwartete Zinserhöhung der EZB (siehe Übersicht weitere Handlungsempfehlungen) um 73.000 € auf nun 473.000 €.	473.000 €	- €	- €	473.000 €
61-5	Einsparung Sachbearbeitungsstelle (1,0 VZÄ) im Geschäftsteil Forderungsmanagement	Säumige Schuldner im Landkreis.	Nach Abschluss der Übernahme von ca. 5.000 laufenden Vollstreckungsfällen des Jobcenters entfällt beim Forderungsmanagement der Aufwand aus der Abarbeitung der Übernahmefälle.	- €	- €	84.000 €	84.000 €

Übersicht empfohlene Handlungsempfehlungen (Re-)Set 2027

OZ.	Kurzbezeichnung	Zielgruppe Größe der Zielgruppe	Auswirkungen	Erträge	Sachaufwand	Personalaufwand	Gesamt
61-6	Erwartete Zinserhöhung der EZB	Kreditinstitute	Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026: Von den Experten wird eine Erhöhung der Leitzinsen um 0,25 % in der nächsten EZB-Sitzung am 11.06.2026 erwartet. Dadurch höhere Zinserträge, aber auch höhere Kassenkreditzinsen.	278.500 €	- 36.000 €	- €	242.500 €
62-1	Bisher: Reduzierung Ingenieurstelle von 1,0 auf 0,4 VZÄ Neu: Verzicht auf die Nachbesetzung eines Energieingenieurs (0,5 VZÄ)	Ingenieure im GT 621	Der angemeldete Haushalt, insbesondere die zusätzlichen LuKIFG-Mittel können nicht umgesetzt werden. Mehrbelastung der Ingenieure. Bei Bedarf muss Ingenieurleistung durch Extern wesentlich teurer eingekauft werden. Änderung nach AUT-Sitzung am 11.05.2026: Langsamere Umsetzung von Klimaschutzprojekten in den kreiseigenen Liegenschaften, Mehrbelastung der Ingenieure. Durch die Änderung reduziert sich der Einsparbetrag von 62.300 € um 4.450 € auf 57.850 €.	- €	- €	57.850 €	57.850 €
62-2	Umschichtung Sanierungsmaßnahmen 2. BA Straßenmeisterei Besigheim und Lüftungszentrale Bauteil I und II Römerhügel in den Finanzhaushalt	Nutzende der Gebäude	keine, da Finanzierung über Sondervermögen Änderung nach der HHK am 14.04.2026: Aufgrund weiterer Hinweise zum LuKIFG kann die Sanierung der Lüftungszentrale (Teilbetrag 1,5 Mio. €) nicht als förderfähige wertsteigernde Investition angesehen werden. Die Maßnahme muss daher aus allgemeinen Haushaltsmitteln finanziert werden.	- €	2.230.000 €	- €	2.230.000 €
62-3	Nutzungsentgelte für die Konferenzzone	Externe Nutzerinnen und Nutzer	Einführung eines Entgeltes für die Nutzung der Konferenzzone und Fraktionsräume durch externe Veranstaltungen. Ggf. Rückgang der Nutzungen.	5.000 €	- €	- €	5.000 €
62-4	Externer Kehr Dienst	Externer Dienstleister, Hausmeister	Der Kehr Dienst für die Fahr- und Gehbereiche auf dem Verwaltungscampus wird künftig durch die eigenen Hausmeister durchgeführt. Dadurch reduzieren sich die Sachkosten.	- €	30.000 €	- €	30.000 €
62-5	Reduzierung Hausmeisterstellen SBBZ LB von 2,0 auf 1,5 VZÄ ab Sommer 2027	Hausmeister, Nutzende der Gebäude	Potentielle Auswirkung auf Schulbetrieb z. B. Schließzeiten, verzögerte Aufgabenerledigung, höhere Belastung Hausmeister, Mehreinsatz von externen Firmen.	- €	- €	18.000 €	18.000 €
62-6	Umzüge, Reduzierung Anzahl Umbauten für Veranstaltungen durch Externe	Hausmeister	Mehraufwand für Hausmeister.	- €	8.000 €	- €	8.000 €
62-7	Stromkosten	Stromanbieter	Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026: Durch den günstigeren Börseneinkauf sinkt der Arbeitspreis.	- €	35.000 €	- €	35.000 €
62-8	Gaskosten	Gasanbieter	Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026: Durch den günstigeren Börseneinkauf sinkt der Arbeitspreis.	- €	30.000 €	- €	30.000 €

Übersicht empfohlene Handlungsempfehlungen (Re-)Set 2027

OZ.	Kurzbezeichnung	Zielgruppe Größe der Zielgruppe	Auswirkungen	Erträge	Sachaufwand	Personalaufwand	Gesamt
62-9	Personalkosten	Keine	Reine Planverbesserungen zum Jahr 2026: Einsparung durch günstigere Nachbesetzung einer Ingenieurstelle (0,4 VZÄ). Änderung nach AUT-Sitzung am 11.05.2026: Nachbesetzung von 1,0 statt 0,4 VZÄ. Durch die Änderung reduziert sich der Einsparbetrag von 24.300 € um 1.600 € auf 22.700 €.	- €	- €	22.700 €	22.700 €
62-10	Kündigung angemieteter Gebäude(teile) und Umzug in kreiseigene Räume	Vermieter, Mitarbeitende	Eine Kündigung ist z.B. bei den Objekten Mühlstr. in Vaihingen an der Enz und Martin-Luther-Str. in Ludwigsburg möglich sowie auf 2028 bei der Schillerstr. in Gerlingen.	- €	98.300 €	- €	98.300 €
Gesamt LRA (Insgesamt 142 empfohlene Handlungsempfehlungen)				8.043.770 €	17.054.016 €	3.248.034 €	28.345.820 €